

Auswertung MDRfragt zum Thema:

Angriffe auf Politiker: Ist unsere Demokratie gefährdet?

Befragungszeitraum: 17. bis 21. Mai 2024

22.226 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sperrfrist: 27.05.2024

Die Ergebnisse in der Übersicht:

Themenbereich I: Angriffe auf Politikerinnen und Politiker

Für 7 von 10 stellen Angriffe auf Politiker keine Überraschung dar

Angriffe auf Politiker führen zu weniger Engagement im politischen Bereich und schwächen das gesellschaftliche Miteinander: Das denken zwei Drittel

Große Mehrheit wertet Angriffe auf Politiker als Gefahr für die Demokratie

Themenbereich II: Schutz für Politikerinnen und Politiker

Deutliche Mehrheit befürwortet möglichen Straftatbestand „politisches Stalking“

Mehr als ein Viertel lehnt Verschärfung des Strafrechtes bei Übergriffen auf Ehrenamtliche sowie Amts- und Mandatsträger ab

7 von 10 befürworten Strafbarkeit von Desinformation zur Wahlbeeinflussung oder Gewalteskalation

→ Trotz Zuspruch: Knapp zwei Drittel halten Maßnahmen insgesamt für wirkungslos

Themenbereich III: Kommunalwahlen

Drei Viertel sehen Kommunalwahlen als wichtigen Stimmungstest für die anstehenden Landtagswahlen

Die meisten sehen bei der Gesundheitsversorgung und dem öffentlichen Nahverkehr den größten Nachholbedarf für die Kommunalpolitik

Mehrheit hält kommunalpolitisches Engagement für unattraktiv

Die Ergebnisse im Detail:

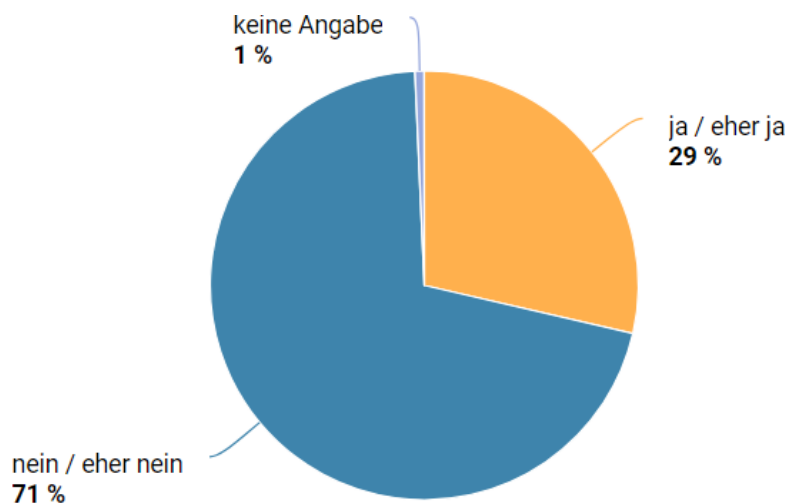
I Angriffe auf Politikerinnen und Politiker

Für 7 von 10 stellen Angriffe auf Politiker keine Überraschung dar

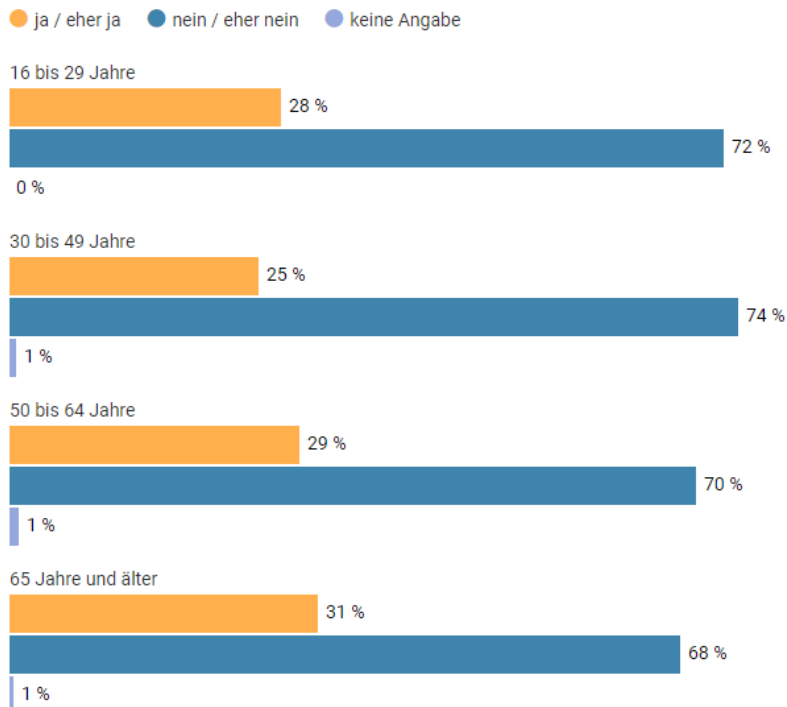
Der [Angriff auf den SPD-Europapolitiker Matthias Ecke Anfang Mai](#) in Dresden sorgte bundesweit für Schlagzeilen und Entsetzen. Auch [an diversen anderen Orten](#) wurden letzter Zeit [weitere Politikerinnen und Politiker](#) teils körperlich angegangen.

Für 71 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer stellt dies jedoch keine Überraschung dar. Knapp ein Drittel (29 Prozent) haben die zuletzt gehäuften Angriffe auf Politiker hingegen überrascht.

Frage: Haben Sie persönlich die zuletzt gehäuften Angriffe auf Politiker überrascht?

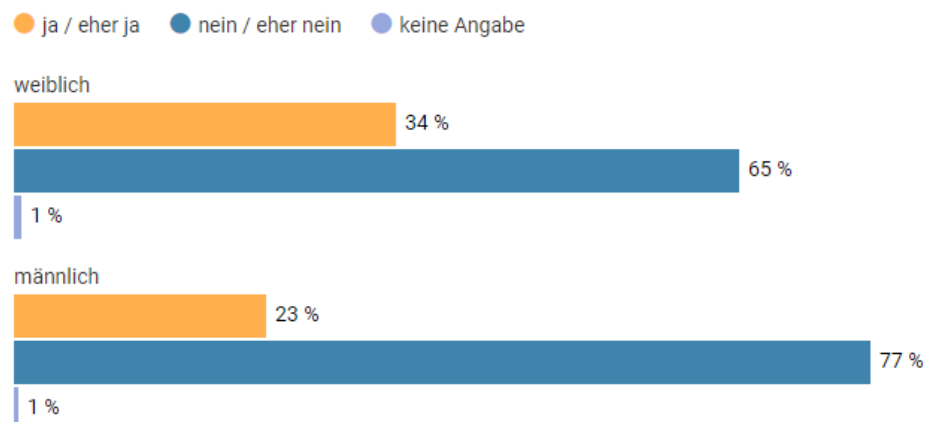


Je nach Altersgruppe weicht das Antwortverhalten hierzu kaum voneinander ab



3 Jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede je nach Geschlecht

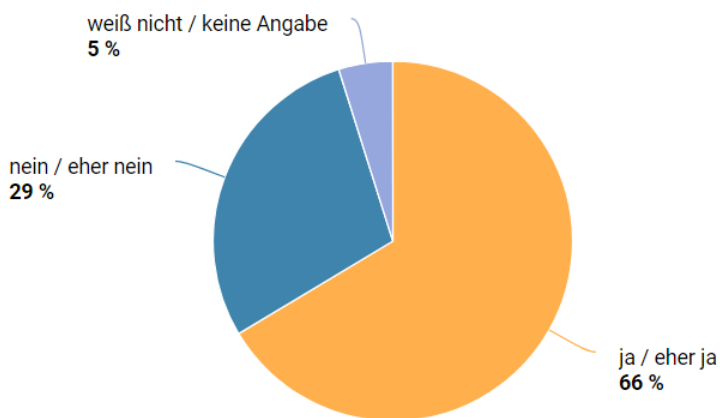
Demnach sind die weiblichen Befragungsteilnehmerinnen deutlich eher von den Angriffen überrascht als es bei den männlichen Befragungsteilnehmern der Fall ist.



Angriffe auf Politiker führen zu weniger Engagement im politischen Bereich und schwächen das gesellschaftliche Miteinander: Das denken zwei Drittel.

Zwei Drittel (66 Prozent) der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer befürchten, dass durch derartige Angriffe letztendlich immer weniger Menschen bereit sind, sich (auch ehrenamtlich) politisch zu engagieren. Mehr als ein Fünftel (29 Prozent) denkt hingegen nicht, dass das der Fall ist.

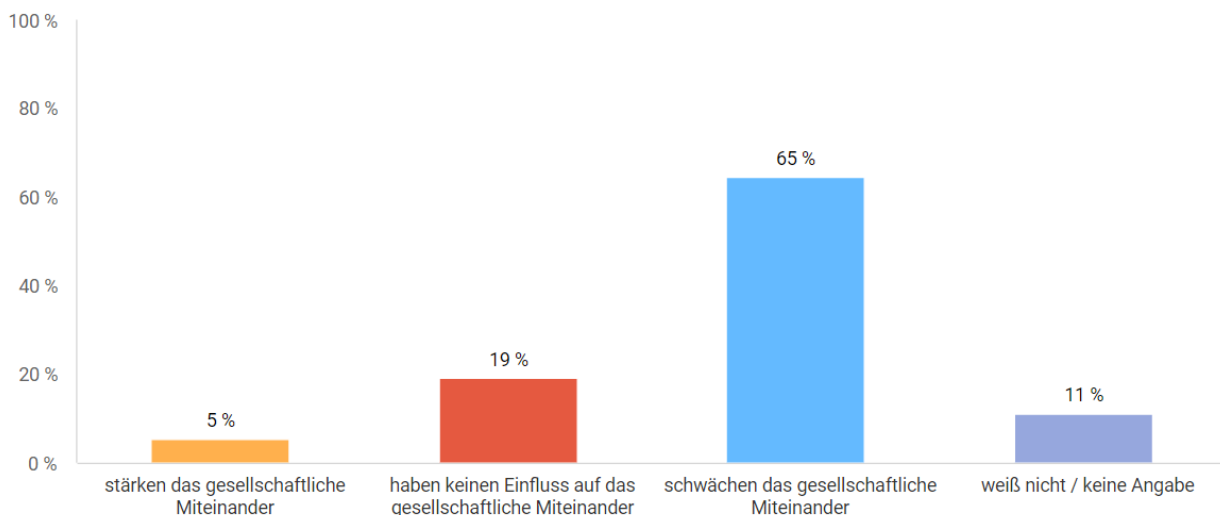
Frage: Haben Sie Sorge, dass durch derartige Angriffe immer weniger Menschen bereit sind, sich (auch ehrenamtlich) politisch zu engagieren?



4

Darüber hinaus gehen knapp zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten davon aus, dass jene Angriffe das gesellschaftliche Miteinander schwächen. Etwa ein Fünftel (19 Prozent) denkt hingegen, dass die Angriffe keinen Einfluss darauf haben. Lediglich 5 Prozent rechnen mit einer Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders in Folge der Angriffe.

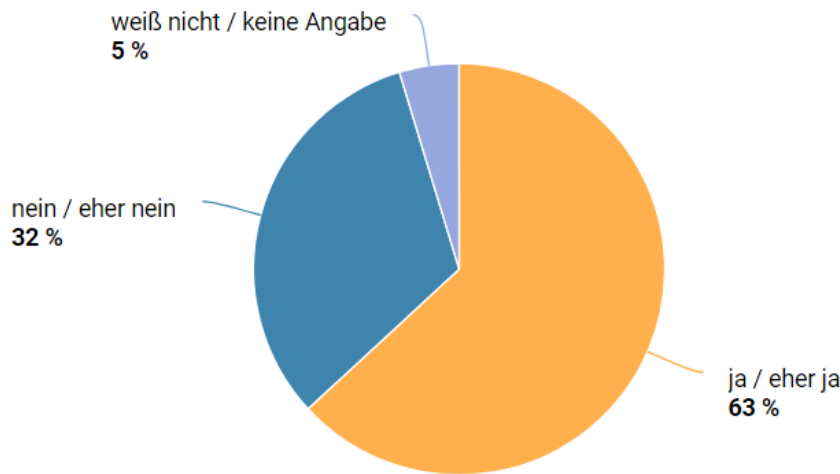
Frage: Was machen derartige Angriffe Ihrer Meinung nach mit unserer Gesellschaft?



Große Mehrheit wertet Angriffe auf Politiker als Gefahr für die Demokratie

Zusammenfassend wertet die große Mehrheit (63 Prozent) der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer die Angriffe als Gefahr für unsere Demokratie. Etwa ein Drittel (32 Prozent) teilt diese Ansicht jedoch nicht.

Frage: Halten Sie derartige Angriffe für eine Gefahr für unsere Demokratie?

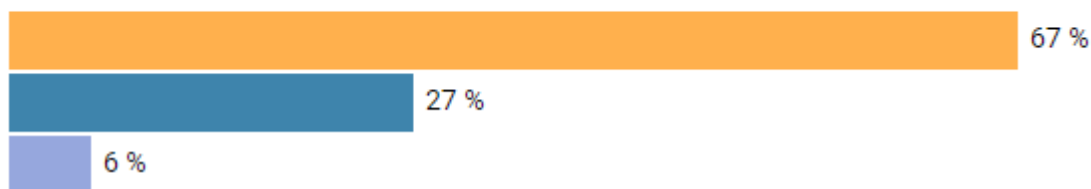


5

Frauen sehen die Demokratie durch die Angriffe noch etwas eher gefährdet als die Männer

● ja / eher ja
 ● nein / eher nein
 ● weiß nicht / keine Angabe

weiblich



männlich

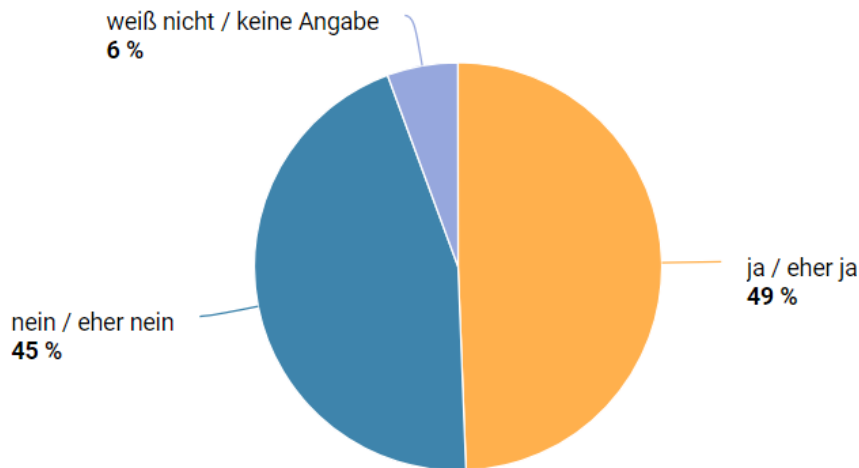


I Schutz von Politikerinnen und Politikern

Geteilte Meinung zu stärkerem Schutz für Politikerinnen und Politiker

Auf die Frage hin, ob Menschen, die im politischen Bereich tätig sind – egal ob ehrenamtlich oder (haupt-)beruflich – stärker durch den Staat geschützt werden sollten, zeigt sich ein geteiltes Meinungsbild. Demnach befürworten 49 Prozent der Befragten einen stärkeren staatlichen Schutz während 45 Prozent diesen ablehnen.

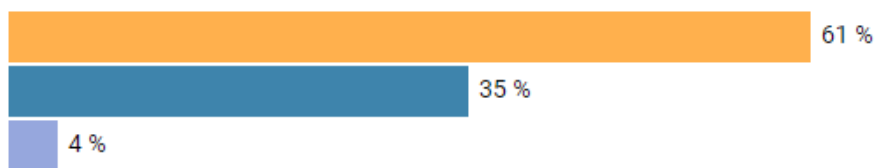
Frage: Müssen Menschen, die im politischen Bereich tätig sind – egal ob ehrenamtlich oder (haupt-)beruflich – Ihrer Meinung nach stärker durch den Staat geschützt werden?



Im Altersgruppenvergleich zeigt sich: die jüngsten und die ältesten Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sprechen sich dabei am häufigsten für einen stärkeren Schutz von Politikern aus

● ja / eher ja ● nein / eher nein ● weiß nicht / keine Angabe

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre

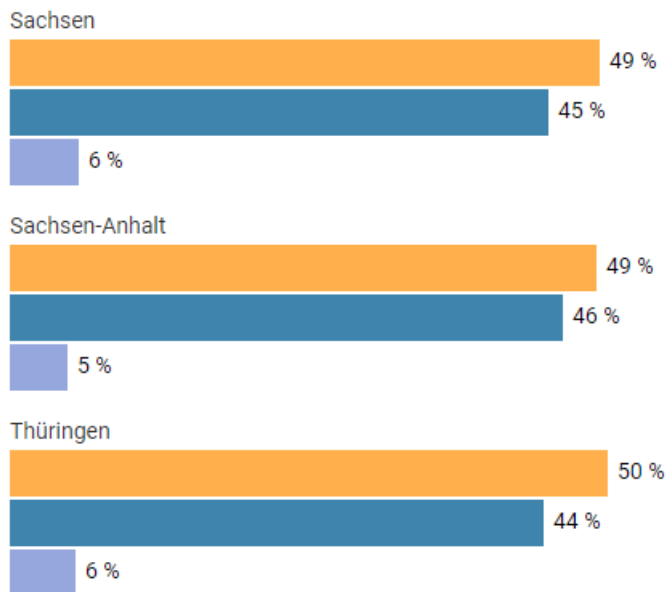


65 Jahre und älter



Je nach Bundesland variiert das Antwortverhalten hingegen kaum

● ja / eher ja ● nein / eher nein ● weiß nicht / keine Angabe



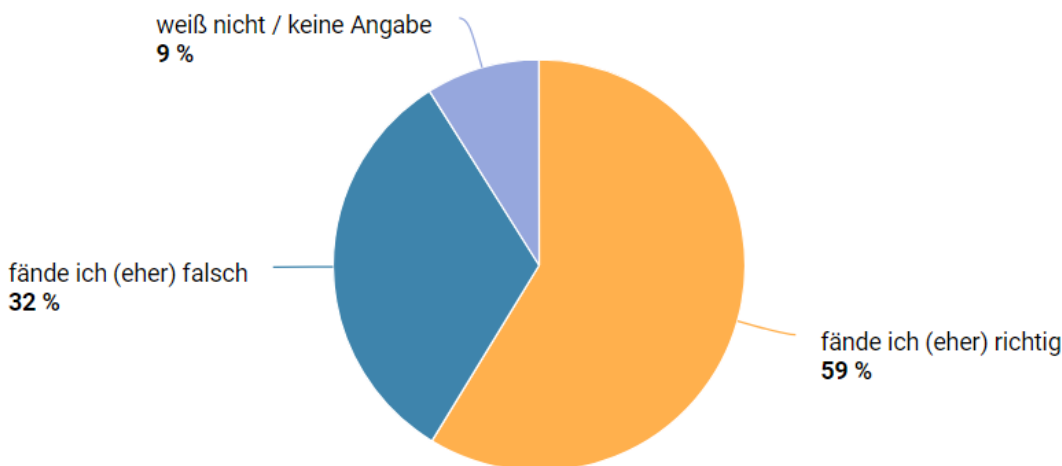
Deutliche Mehrheit befürwortet möglichen Straftatbestand „politisches Stalking“

Tatsächlich sind derzeit diverse Modelle im Gespräch, wie politisch Tätige besser geschützt werden sollen. [Sachsen brachte zum Beispiel den Vorstoß, künftig den Straftatbestand des politischen Stalkings einzuführen](#). Aus dem sächsischen Justizministerium heißt es dazu: "Damit sollen Entscheidungsträger gerade auch auf kommunaler Ebene vor einer Einflussnahme durch bedrohliche Übergriffe in ihr Privatleben geschützt werden. Bislang straflos gebliebene Fälle, in denen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bis zu deren Rücktritt immer wieder eingeschüchtert und angegriffen wurden, sollen damit durch das Strafrecht besser erfasst werden".

[Auch Sachsen-Anhalt will den Gesetzesentwurf aus Sachsen im Bundesrat unterstützen.](#)

Die Mehrheit (59 Prozent) der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer fände es richtig, wenn es einen solchen Straftatbestand geben würde. Etwa ein Drittel (32 Prozent) hält das hingegen für falsch.

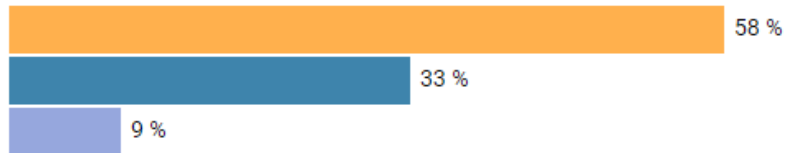
Frage: Tatsächlich sind derzeit diverse Modelle im Gespräch, wie politisch Tätige besser geschützt werden sollen. Sachsen brachte zum Beispiel den Vorstoß, künftig den Straftatbestand des politischen Stalkings einzuführen. Aus dem sächsischen Justizministerium heißt es dazu: "Damit sollen Entscheidungsträger gerade auch auf kommunaler Ebene vor einer Einflussnahme durch bedrohliche Übergriffe in ihr Privatleben geschützt werden. Bislang straflos gebliebene Fälle, in denen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bis zu deren Rücktritt immer wieder eingeschüchtert und angegriffen wurden, sollen damit durch das Strafrecht besser erfasst werden." Was halten Sie davon, wenn es einen Straftatbestand "politisches Stalking" geben würde?



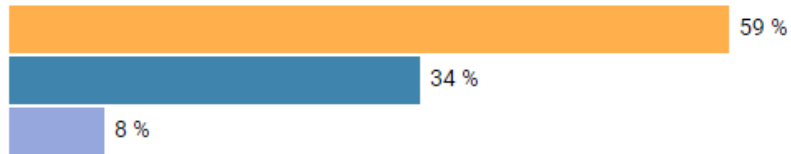
Auch hier weicht das Antwortverhalten je nach Bundesland kaum voneinander ab

● fände ich (eher) richtig ● fände ich (eher) falsch ● weiß nicht / keine Angabe

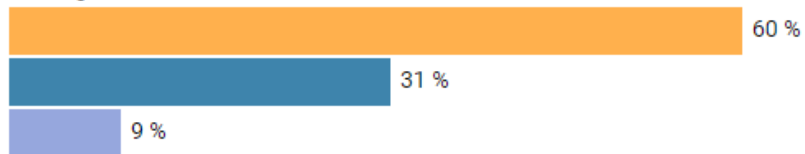
Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen

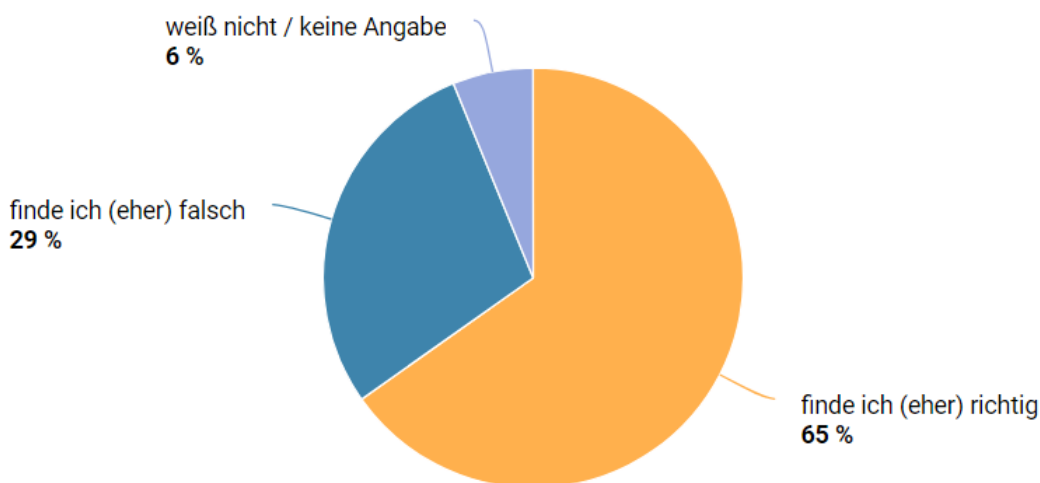


Mehr als ein Viertel lehnt Verschärfung des Strafrechtes bei Übergriffen auf Ehrenamtliche sowie Amts- und Mandatsträger ab

Darüber hinaus haben [die Innenminister von Bund und Ländern angekündigt, eine Verschärfung des Strafrechts zugunsten von Ehrenamtlichen, Amts- und Mandatsträgern zu überprüfen](#). Dabei geht es insbesondere um die Straftatbestände Körperverletzung und Nötigung von politisch Tätigen. Die aggressive Beeinflussung von Amts- und Mandatsträgern müsse mit ihrer besonderen Wirkung auf die Demokratie strafrechtlich schärfer gefasst und geahndet werden, heißt es.

Knapp zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten halten dies für den richtigen Weg – mehr als ein Viertel (29 Prozent) hingegen nicht.

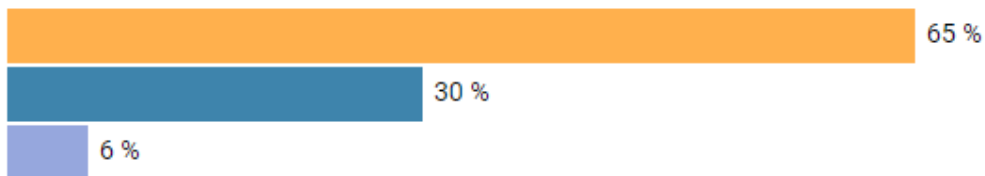
Frage: Darüber hinaus haben die Innenminister von Bund und Ländern angekündigt, eine Verschärfung des Strafrechts zugunsten von Ehrenamtlichen, Amts- und Mandatsträgern zu überprüfen. Dabei geht es insbesondere um die Straftatbestände Körperverletzung und Nötigung von politisch Tätigen. Die aggressive Beeinflussung von Amts- und Mandatsträgern müsse mit ihrer besonderen Wirkung auf die Demokratie strafrechtlich schärfer gefasst und geahndet werden. Wie finden Sie das?



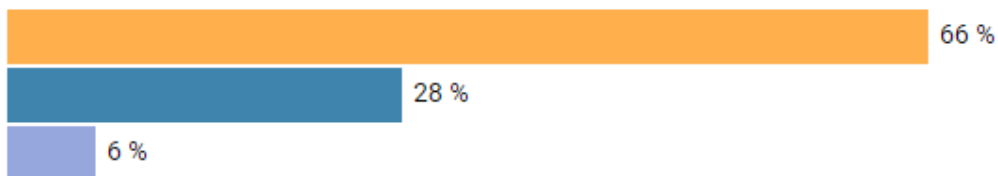
Auch hier fällt der Zuspruch je nach Bundesland nahezu gleich groß aus

● finde ich (eher) richtig ● finde ich (eher) falsch ● weiß nicht / keine Angabe

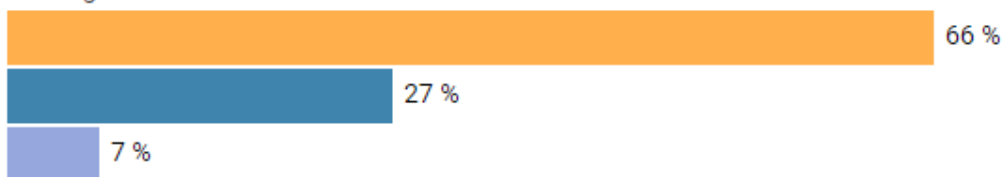
Sachsen



Sachsen-Anhalt



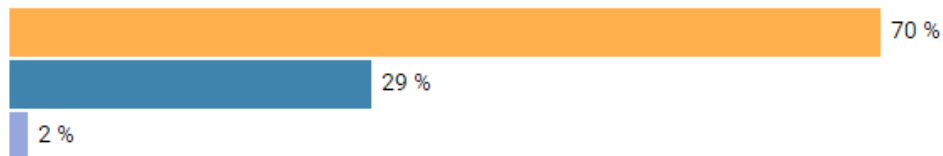
Thüringen



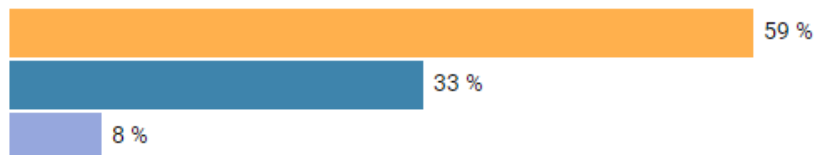
Jedoch variiert das Antwortverhalten je nach Altersgruppe: Bei den jüngsten und den ältesten Befragten fällt der Zuspruch für die Verschärfung des Strafrechtes am größten aus

● finde ich (eher) richtig ● finde ich (eher) falsch ● weiß nicht / keine Angabe

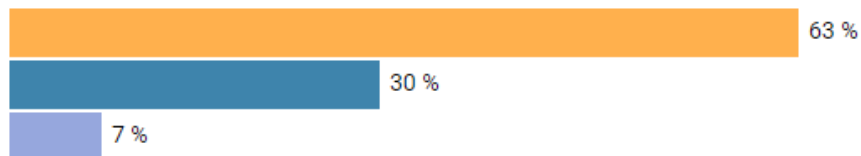
16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter

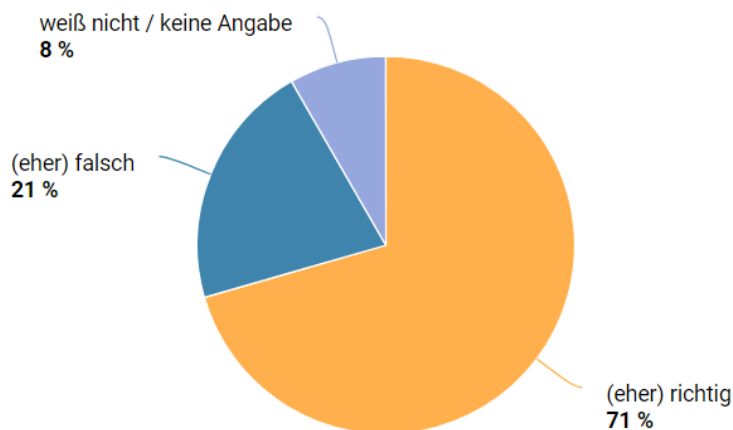


7 von 10 befürworten Strafbarkeit von Desinformation zur Wahlbeeinflussung oder Gewalteskalation

Des Weiteren soll [auch geprüft werden, ob "die bewusste Verbreitung von Desinformationen mit dem Ziel der Wahlbeeinflussung oder Gewalteskalation strafwürdiges Unrecht"](#) darstellt.

Bei den Befragten stößt das auf großen Zuspruch. So fänden es 71 Prozent richtig, wenn bewusste Desinformation mit dem Ziel der Wahlbeeinflussung oder Gewalteskalation strafbar würde. Etwa ein Fünftel (21 Prozent) lehnt das hingegen ab.

Frage: Zudem soll geprüft werden, ob "die bewusste Verbreitung von Desinformationen mit dem Ziel der Wahlbeeinflussung oder Gewalteskalation strafwürdiges Unrecht" darstellen. Wie fänden Sie es, wenn bewusste Desinformation mit dem Ziel der Wahlbeeinflussung oder Gewalteskalation strafbar würde?

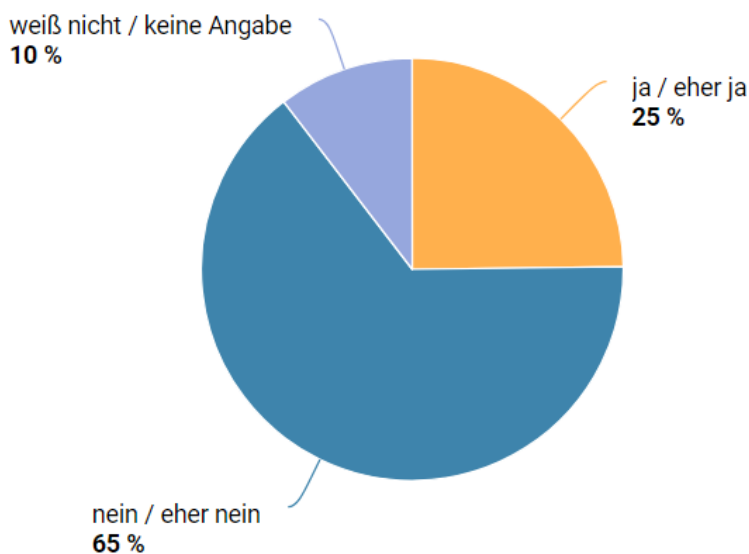


Trotz Zuspruch: Knapp zwei Drittel halten Maßnahmen insgesamt für wirkungslos

Auch wenn die zuvor genannten Vorschläge wie die Verschärfung des Strafrechts oder die Einführung des Straftatbestandes „Politisches Stalking“ durchaus großen Zuspruch erhalten, fällt das Fazit zu deren Wirksamkeit eher kritisch aus.

So gehen knapp zwei Drittel (65 Prozent) davon aus, dass jene Vorschläge von Bund und Ländern keine Wirkung zeigen werden. Ein Viertel (25 Prozent) denkt hingegen schon, dass dies der Fall sein wird.

Frage: Und denken Sie, dass die genannten Vorschläge von Bund und Ländern tatsächlich Wirkung zeigen werden?



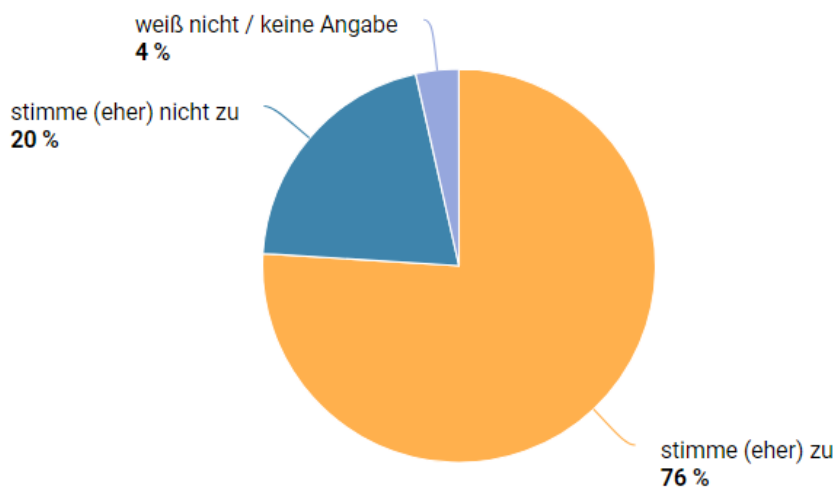
I Kommunalwahlen

Drei Viertel sehen Kommunalwahlen als wichtigen Stimmungstest für die anstehenden Landtagswahlen

Nicht nur die Europawahl auch zahlreiche Kommunalwahlen stehen in Mitteldeutschland im Juni bevor. Im September folgen dann in Sachsen und Thüringen die Landtagswahlen.

Grundsätzlich werten mehr als drei Viertel (76 Prozent) der Befragten die Kommunalwahlen als wichtigen Stimmungstest für die anstehenden Landtagswahlen. Ein Fünftel (20 Prozent) stimmt dieser Einschätzung hingegen nicht zu.

Frage: Wie stehen Sie zur folgenden Aussage? "Kommunalwahlen sind auch ein wichtiger Stimmungstest für die anstehenden Landtagswahlen."





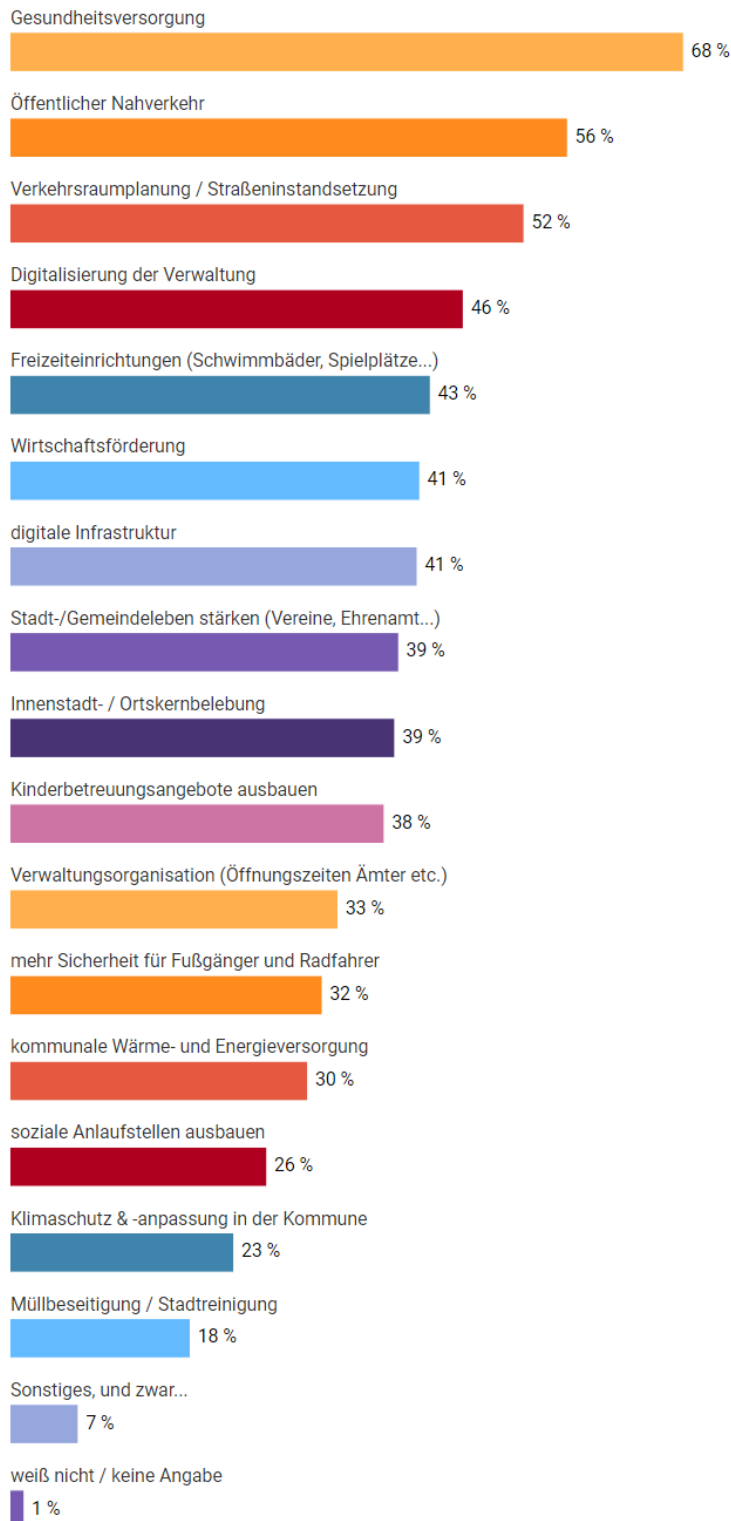
Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Die meisten sehen bei der Gesundheitsversorgung und dem öffentlichen Nahverkehr den größten Nachholbedarf für die Kommunalpolitik

Auf die Frage hin, bei welchen kommunalpolitischen Themen die MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer den größten Nachholbedarf sehen, wird ein Thema von mehr als zwei Dritteln (68 Prozent) mit Abstand am häufigsten genannt: die Gesundheitsversorgung.

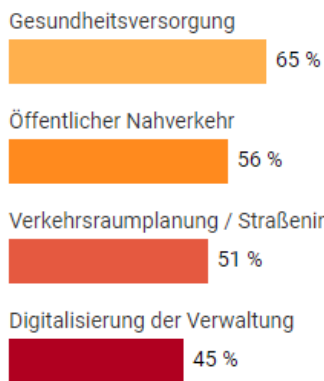
- Zudem nennt jeweils eine Mehrheit den öffentlichen Nahverkehr (56 Prozent) und die Verkehrsraumplanung (52 Prozent).
- Auch die Digitalisierung der Verwaltung (46 Prozent) und das Thema „Freizeiteinrichtungen“ (43 Prozent) wie beispielsweise Schwimmbäder liegen relativ weit vorn.
- Jeweils mehr als zwei Fünftel sehen auch die Wirtschaftsförderung (41 Prozent) und die digitale Infrastruktur (41 Prozent) als drängende kommunalpolitische Themen.
- Daneben liegen die Stärkung des Gemeindelebens (39 Prozent) sowie die Ortskernbelebung (39 Prozent), der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten (38 Prozent), die Verwaltungsorganisation (33 Prozent), die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer (32 Prozent) sowie die kommunale Wärme- und Energieversorgung (30 Prozent) im Mittelfeld.
- Am wenigsten genannt werden der Ausbau sozialer Anlaufstellen (26 Prozent) sowie der Klimaschutz (23 Prozent) und die Müllbeseitigung (18 Prozent).

Frage: Tatsächlich stehen in unserer Region in diesem Jahr Kommunalwahlen an. Bei welchen kommunalpolitischen Themen sehen Sie den größten Nachholbedarf? Bitte geben Sie alle Aspekte an, die in Ihren Augen besonderen Nachholbedarf haben.

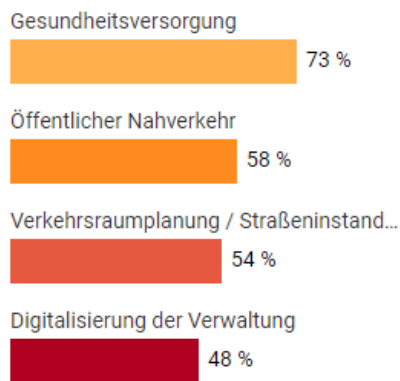


Sowohl in Sachsen als auch in Sachsen-Anhalt und Thüringen gelten die Gesundheitsversorgung, der öffentliche Nahverkehr sowie die Verkehrsraumplanung und die Digitalisierung der Verwaltung als die drängendsten kommunalpolitischen Themen.

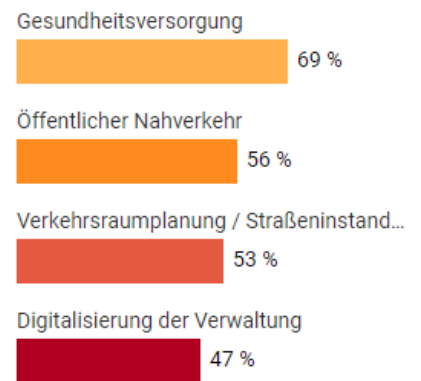
Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen

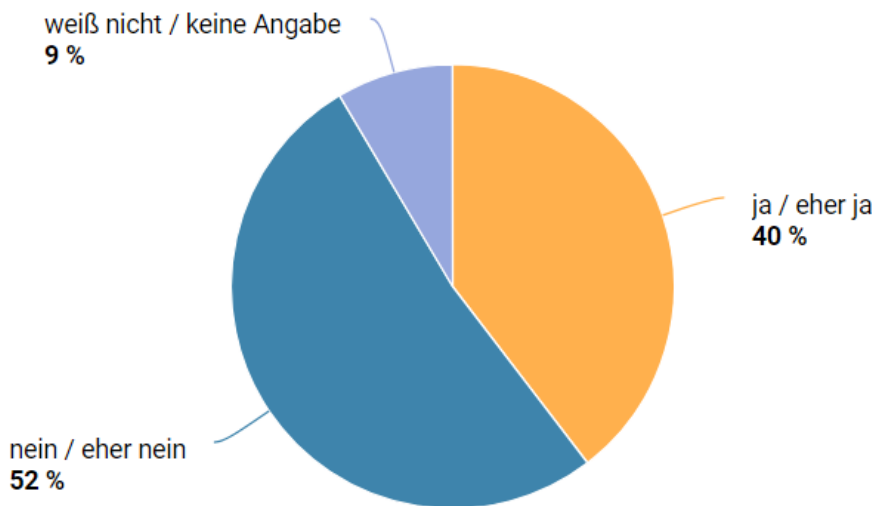


Mehrheit hält kommunalpolitisches Engagement für unattraktiv

Grundsätzlich hält ein Großteil (52 Prozent) der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer ein kommunalpolitisches Engagement nicht wirklich für attraktiv.

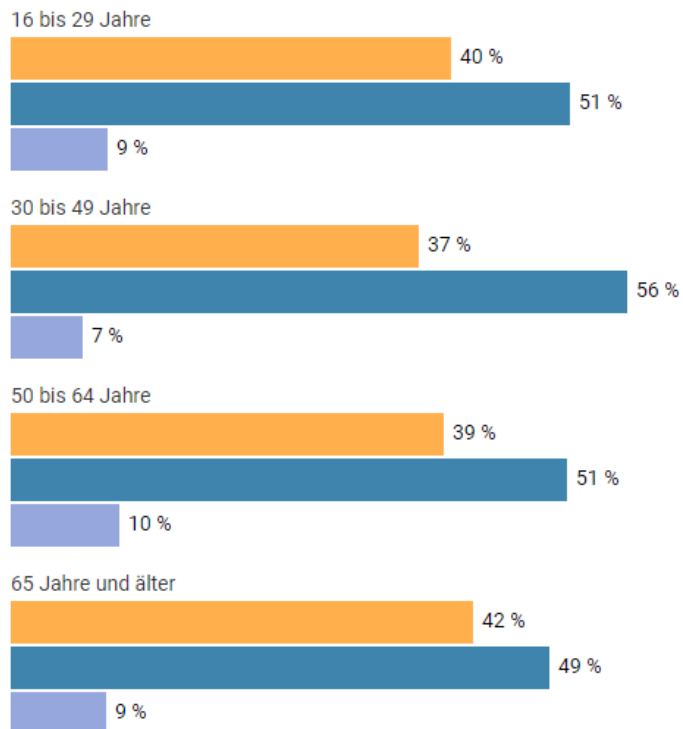
40 Prozent denken wiederum, dass dieses derzeit noch attraktiv ist.

Frage: Grundsätzlich: Denken Sie, ein Engagement speziell in der Kommunalpolitik ist derzeit noch attraktiv?



Dabei zeigen sich je nach Alter der Befragten kaum Unterschiede im Antwortverhalten

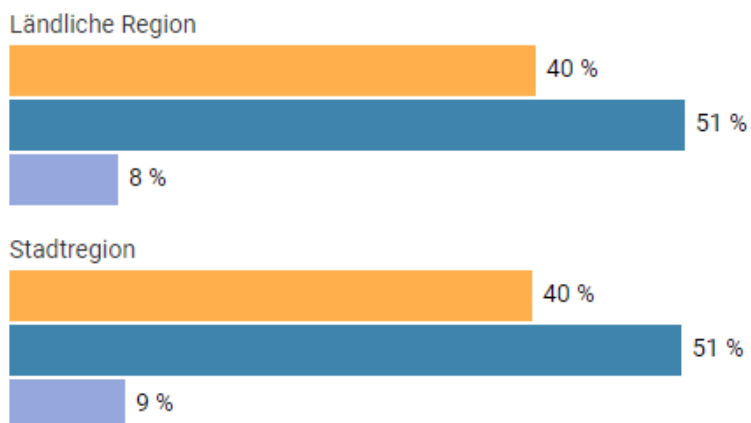
● ja / eher ja ● nein / eher nein ● weiß nicht / keine Angabe



21

Zudem gleich sich das Antwortverhalten in den Stadt- und Landregionen

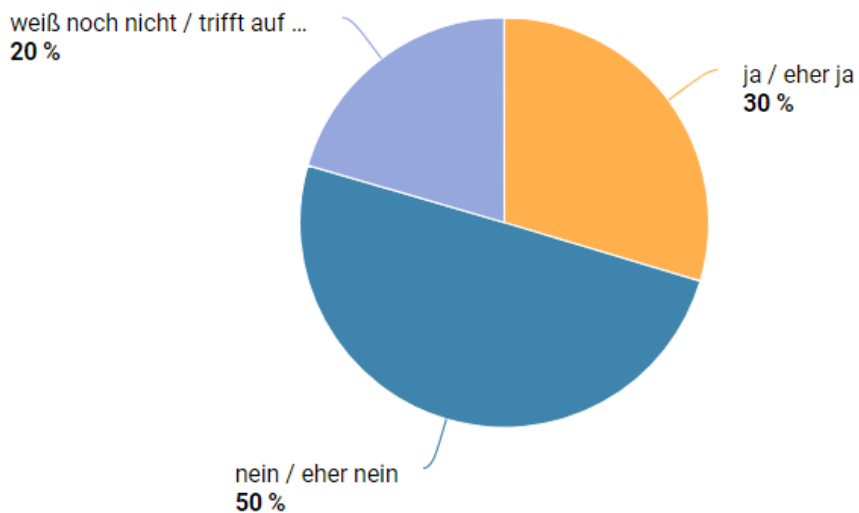
● ja / eher ja ● nein / eher nein ● weiß nicht / keine Angabe



Knapp jeder Dritte wählt bei Kommunal- und Landtagswahlen unterschiedlich

50 Prozent der Befragten planen nach eigener Aussage, bei der kommenden Landtagswahl die gleiche Partei zu wählen, wie bei der zuvor stattfindenden Kommunalwahl. Demgegenüber gaben 30 Prozent an, bei jenen Wahlen voraussichtlich unterschiedliche Parteien zu wählen.

Frage: Und ganz grundsätzlich gefragt: Planen Sie, bei der kommenden Landtagswahl eine andere Partei zu wählen, als jetzt bei der Kommunalwahl?



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 17. bis 21. Mai 2024 stand unter der Überschrift:

Angriffe auf Politiker: Ist unsere Demokratie gefährdet?

Insgesamt sind bei MDRfragt 67.150 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 21. Mai 2024, 12:00 Uhr).

22.226 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	217 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	2.776 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	9.207 Teilnehmende
65+:	10.039 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	11.547 (52 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	5.340 (24 Prozent)
Thüringen:	5.352 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	9.138 (41 Prozent)
Männlich:	13.034 (59 Prozent)
Divers:	62 (0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.